



Man sollte nicht eine Brücke überqueren, bevor man sie erreicht hat.

John Townsend, Portfoliobereiter bei Matz-Townsend Finanzplanung in Deutschland und Fellow des Chartered Institute for Securities & Investment (CISI) in London, legt dar, wie sich die Brexit-Entscheidung aus seiner Sicht auf die Finanzbranche und den Fondsmarkt hüben und drüben auswirken könnte.

Herr Townsend, Sie sind gebürtiger Brite, leben seit langem in Deutschland und haben die meiste Zeit Ihres Berufslebens in der internationalen Finanzbranche verbracht. Was hat bei der Brexit-Entscheidung für Sie beruflich und persönlich den stärksten Einfluss?

Der größte Einfluss ist zurzeit die Unsicherheit. Und natürlich ist der Wettbewerb zwischen verschiedenen Ländern und Städten als Alternative zum Finanzplatz London bereits in vollem Gange. Es gibt viel politisches Geschwätz darüber, wer wohin umziehen soll, ob Frankfurt, Paris, Amsterdam oder Dublin – oder vielleicht alle oder keine. Jedoch nur, wenn sich die Lage beruhigt hat, kann man sehen, was zu tun ist.

Konnten Sie an dem Referendum teilnehmen?

Ja, ich habe teilgenommen und war gegen ein Verlassen Großbritanniens aus der Europäischen Union. Ich denke, die Entscheidung für den Austritt war ein Fehler und hatte mehr mit Ausländerhass zu tun als mit Logik. Hier kamen ‚Fake News‘ und gar Lügen ins Spiel, und eine geringe Mehrheit der Briten hat dies geglaubt. Jetzt gibt es aber kein Zurück mehr, und ich hoffe, Europa wird die Möglichkeit nutzen, auch einige interne Neuorganisationen vorzunehmen, um überlebensfähig zu werden.

Stellen Sie erhöhte Kundenanfragen fest zum Thema Brexit allgemein und in Verbindung zu ihrem Vermögen?

Meine Kunden haben bisher keine Sorgen über die Konsequenzen eines Brexits geäußert. Ich habe alle Kunden sofort nach der Wahl angeschrieben. Die Zeit, sich Sorgen zu machen ist, wenn von der Politik eine praktische relevante Entscheidung getroffen worden ist. Anleger haben zudem andere Interessen als Banken oder produzierende Firmen und können abwarten, bis etwas Festeres zu sehen ist.

Viele Beobachter rechnen nach Reden der britischen Premierministerin Theresa May und dem Weißbuch der britischen Regierung mit einem harten Brexit. Rechnen Sie auch damit?

Ein harter Brexit ist durchaus möglich. Ich glaube aber, dass dies nicht gewollt ist. Wenn May aber gezwungen sein sollte, dies zu tun, ist sie bereit, einen solchen Schritt zu machen. Letztlich braucht es ruhige Verhandlungen ohne unnötige Übertreibungen von Politikern auf beiden Seiten.

Viele plädieren für Übergangsregelungen, die sicherstellen sollen, dass die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien nicht mangels abgeschlossener Verhandlungsergebnisse zum Zeitpunkt des Brexit in zwei Jahren automatisch auf das Level von Drittstaaten zurückfallen. Was ist Ihre Meinung?

Es wäre schön, eine Übergangsregelung zu haben. Aber solange keine praktische Entscheidung getroffen worden ist und auch kein System zur Abwicklung existiert, ist eine Übergangsregelung überflüssig. Dabei besteht die Gefahr, etwas zu konkretisieren, was man später nicht haben will. Großbritannien wird sicher nicht verschwinden, sondern wirtschaftliche und professionelle Stärke zeigen. Auch die Märkte werden weiter existieren, ob nun Aktien-, Devisen- oder Terminmärkte und dergleichen mehr. Das Getöse besonders aus den Südländern zielt mehr auf die dort heimische Bevölkerung ab als auf alles andere. Dort hat man Angst, dass der Geldhahn gedrosselt wird, wenn Deutschland als einziges EU-Geberland verbleibt. Man sollte höflich zuhören und nichts in Eile unternehmen.

Als ein Beispiel für einen Übergangsansatz ohne sehr großen Aufwand nennt das Deutsche Aktieninstitut die Mifir-Regelung, nach der Drittlandfirmen bis zu drei Jahre ohne gleichwertige, „äquivalente“ Regelungen in Übereinstimmung mit

nationalen Regelungen auch weiterhin Wertpapierdienstleistungen in den Mitgliedsstaaten erbringen können. Halten Sie ein solches Vorgehen für realistisch auch von britischer Seite?

Lassen Sie uns erst einmal zu einem Bedarf an eine Übergangsregelung kommen. Nur dann lohnt es sich, ins Detail zu gehen. Europa hat bisher nichts desgleichen erlebt und vieles muss neu erprobt werden.

Beobachter verweisen auch auf das Drittstaaten-Regime der künftigen Mifid II-Bestimmungen als Beispiel für eine mögliche Zukunft und auch Alternative zum EU-Pass. Das Regime sieht eine Gleichbehandlung von Drittstaaten und Staaten der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums EWR vor, wenn eine „Äquivalenz“, eine Übereinstimmung, der Vorschriften gegeben ist, jedoch nur in wenigen Bereichen. Eine Erweiterung dieser Bereiche sei daher sinnvoll.

Die Verhandlungen zu Mifid II sind schon weit fortgeschritten. Die jetzigen Freiheiten, etwa die Freizügigkeit von Banken und Unternehmen, werden in Zukunft nicht mehr funktionieren, und es wird bilaterale Verhandlungen auf Regierungsebene geben müssen. Schon jetzt sind die Kontrollen in Europa schwächer als in Großbritannien, wo eine ganze Schicht an Maklern und Finanzberatern nicht mehr existiert. Berater hier in Deutschland sind schon jetzt auf ihre Rechtsanwälte angewiesen. Wir haben ebenfalls sehr gute und vorausdenkende Anwälte, die etwa bei rechtlichen Änderungen beratend helfen werden. Mit dieser Sicherheit sehe ich die Zukunft noch gelassen.

Beobachter empfehlen auch, auf eine Kompromisslösung hinzuwirken – eine Abmilderung des harten Brexit über Drittstaatenregelungen und bilaterale Vereinbarungen zwischen Großbritannien und der EU. Halten Sie eine solche Lösung für realistisch?

Kompromisslösungen sind schön und gut; jedoch ist es für die handlungsbevollmächtigten Bürokraten nicht einfach, eine Richtung zu finden, womit alle leben können. Großbritannien hat schon lange die Sorge gehabt, dass europäische Verhandlungen mit Drittstaaten den Londoner Markt schwächen würden. Die Verhandlungsmächten der EU schienen längere Zeit die Wichtigkeit des Londoner Marktes nicht erkennen zu wollen und waren bereit, dieses gegen andere Ziele, zum Beispiel Industrie und Agrar, die wichtiger erschienen, zu verhandeln.

Es ist nicht zu erwarten, dass innerhalb von zwei Jahren alle Fragestellungen zum Brexit detailliert besprochen und gelöst werden. Unternehmen, Aufsichtsstellen, Kunden und viele andere können und wollen aber vielfach nicht abwarten, welche Regelungen kommen. Sie können nur versuchen, mögliche Änderungen auszuloten. Wie wirkt sich dies auf Ihre Tätigkeit aus, falls überhaupt?

Natürlich werden nicht alle Fragen innerhalb von zwei Jahren gelöst werden können. Aber es gibt vieles, das man erreichen kann, solange die Öffentlichkeit und die Politiker sich nicht zu sehr einmischen. Eine grundlegende Richtung muss gefunden werden, einzelne Details können dann in kleineren Gruppen erarbeitet werden. Alle Unternehmen müssen täglich mit Ungewissheit arbeiten, und der Brexit ist nur eine extra Ungewissheit. Im Groben wird die Lösung bestimmt verträglich sein.

Was würden Sie angesichts dieses Dilemmas Anbietern von Publikums-Investmentfonds auf britischer und auf EU-Seite raten?

Die britischen Fondsanbieter sind professionell genug, um nur dann Entscheidungen zu treffen, wenn diese getroffen werden müssen. Man sollte im Auge behalten, dass es in Großbritannien riesige institutionelle und Privatanlegermärkte gibt. Diese sind schon sehr lange vertreten und sind die Fundamente von vielen Fonds und Strategien. Die Institutionen sind meist international aktiv und kennen den globalen Markt. Hier wird sich nichts oder nur wenig ändern. Ob die Firmen in Großbritannien, in Deutschland oder gar europaweit Lobbyarbeit betreiben, kann ich nicht sagen. Ich würde dies aber vermuten, vielleicht würde es helfen.

Welche Entwicklung sehen Sie bei Anbietern von Publikums-Investmentfonds mit Sitz in Großbritannien im Zuge des

Brexit, die auch für den deutschen Markt Fonds anbieten?

Die britischen Firmen sind grundsätzlich sehr professionell. Standorte müssen nur gewechselt werden, wenn die Wettbewerbsfähigkeit sonst leiden würde. Ich verwende nach wie vor und ohne Zweifel Fonds von britischen Anbietern für meine Kundenportfolios und werde es auch weiter tun. Dabei verwende ich genauso gerne Fonds von deutschen, französischen und US-Firmen, solange diese zu den Kundenbedürfnissen passen. Das wichtigste ist, dass die Strategien miteinander nicht zu scharf korrelieren, das Thema Brexit ist dabei wenig von Bedeutung.

Der britische Fondsanbieter M&G baut nun in Luxemburg eine Fondspalette mit dem Rechtsrahmen von Sicav auf. Bislang hat das Haus seine Publikums-Investmentfonds als OEIC, als Teilfonds offener Investmentgesellschaften vorrangig mit Sitz in Großbritannien, vertrieben. Ist diese Rechtsform im Zuge des Brexit ohne Wissen künftiger Regelungen für Nachfrager aus Deutschland weiterhin sinnvoll?

Einige Kapitalverwaltungsgesellschaften erkennen, dass sich ihre Anleger Sorgen machen und versuchen, etwas dagegen zu unternehmen. Das ist ihre Entscheidung und könnte richtig sein, ich kann es derzeit aber nicht beurteilen. Die jetzige Struktur der M&G-Fonds passt zu den heutigen Märkten. Wichtiger als Brexit und unabhängig davon sind allerdings Überlegungen, wie sich die steuerliche Lage in Deutschland und in Europa ändern wird. Wenn man gerade dabei ist, Änderungen zu unternehmen, sollte man alle Möglichkeiten im Auge behalten. Ich verwende alle Fonds für meine Kunden, bei denen die Strategien und die steuerlichen Strukturen passen. Dies werde ich weiter tun, bis eine steuerliche Lage es unattraktiv macht. Man sollte sich nicht von Ängsten, die jetzt grundlos sind und die vielleicht grundlos bleiben werden, verwirren lassen. Man sollte nicht eine Brücke überqueren, bevor man sie erreicht hat.

Die EU will zunächst über die Trennung und dann über die künftige Beziehung zu Großbritannien verhandeln. May möchte dagegen zügig ein Freihandelsabkommen mit der EU aushandeln. Schon diese Uneinigkeit klingt nach programmiertem Chaos. Meinen Sie dies ebenfalls?

Jede Seite hat ihre öffentlichen Programme und ihre eigenen Ziele. Beide – oder vielleicht alle – Seiten verstehen, dass sie alle viel zu verlieren haben, wenn es zu einer

unfreundlichen Trennung kommt. Was öffentlich gesagt wird, entspricht nicht allzu oft nicht dem, was in Wirklichkeit hinter den Kulissen geschieht. Wir werden sehr viel Lärm und Getöse hören, bevor ein Ende erreicht ist. Eins ist aber sicher: Ein Ende wird es geben, und wir, die nicht an den Verhandlungen beteiligt sind, müssen, wenn auch mit Sorge, warten.

Meinen Sie, dass die Initiatoren des Referendums wussten, was sie tun und wie umfassend die Folgen eines Austritts sein würden?

Ich bin fest überzeugt, dass die drei Initiatoren des Brexit-Referendums nicht wussten, was sie damals taten. Sie haben selbst nicht erwartet, dass sie gewinnen würden – aber ihre Lügen und die Fremdenfeindlichkeit einer ignoranten Schicht scheinen gerade gereicht zu haben. Lügen und Schaustellerei haben wir auch in anderen Ländern gesehen; es kann ab und zu effektiv sein, bis die breite Bevölkerung merkt, dass sie angelogen worden ist.

Ob der Brexit tatsächlich kommt, ist noch nicht entschieden, zumindest theoretisch. Ist der Verbleib in der EU nur eine gedankliche Spielerei?

Lassen Sie uns ganz klar sein: Der Brexit wird kommen – und Großbritannien wird sich nicht davon abwenden. Man wird eine Lösung finden, aber keine norwegische, kanadische oder schweizerische Lösung. Es wird eine maßgeschneiderte Struktur gefunden werden, und die Welt, mitsamt Europa, wird sich weiter drehen.

Was möchten Sie zum Thema Brexit noch ergänzen, falls überhaupt?

Darüber hinaus würde ich sagen, dass die Überlegungen zum Brexit zwar schön und gut sind. Es stört mich aber vielmehr, dass Europa insgesamt eine grundlegende strukturelle Änderung benötigt. Die stärkeren wirtschaftlichen Länder, geführt von Deutschland, haben deutlich andere wirtschaftliche und finanzielle Bedürfnisse als die Länder, die nicht dieselbe Stärke zeigen können. Diese Länder können sich nicht wirtschaftlich entwickeln, solange die Währung zu stark und sie nicht konkurrenzfähig sind. Europa muss sich selbst dringend überarbeiten – und ein System der zwei wirtschaftlichen und Währungsgeschwindigkeiten muss jetzt kommen! Die Alternative ist, dass Deutschland als einziges großes Geberland immer tiefer in die eigene Taschen greifen muss.

Das Interview führte Heike Gorres